

## **Antrag**

**des Abg. Dr. Boris Weirauch u. a. SPD**

### **Strom- und Systemausfälle in baden-württembergischen Sicherheitsbehörden**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Strom- und Systemausfälle es seit 2023 bei den Polizeipräsidien (differenziert nach Revieren), dem Landeskriminalamt (LKA) und dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) gab;
2. was ursächlich war für den Strom- und Systemausfall beim LfV am 1. Juli 2026, in welchem Zeitraum der Ausfall andauert hat und welche konkreten Folgen der Ausfall insbesondere im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit und Datensicherheit des LfV hatte;
3. welche Auswirkungen die Ausfälle auf die Funktionsfähigkeit der unter Ziffer 1 genannten Behörden hatten, unter Darstellung der konkreten Auswirkungen auf den Arbeitsbetrieb und die Datensicherheit;
4. welche Auswirkungen die Ausfälle nach Ziffer 1 auf andere technische Geräte wie z. B. Klimaanlage hatten und welche Beeinträchtigungen sich daraus für die IT-Infrastruktur in den unter den Ziffern 1 und 2 genannten Sicherheitsbehörden ergeben;
5. welcher Turnus für die Überprüfung und Wartung von Notstromaggregaten in den Sicherheitsbehörden nach Ziffer 1 vorgesehen ist;
6. in welchem der unter Ziffer 1 genannten Sicherheitsbehörden die Überprüfung und Wartung der Notstromaggregate in 2025 und 2026 stattfanden;
7. welche konkreten Maßnahmen sie für notwendig erachtet, um sicherheitsrelevante Strom- und Systemausfälle in Zukunft zu minimieren bzw. zu verhindern;
8. ob sie die aktuelle Unterbringung des LfV insbesondere unter sicherheitsrelevanten Aspekten für angemessen hält und falls nein, welche konkreten Maßnahmen sie für eine angemessene Unterbringung in welchem Zeitraum ergreifen wird.

2.7.2026

Dr. Weirauch, Binder, Stoch, Fink, Wulff SPD

### **Begründung**

Anlässlich des Strom- und Systemausfalls beim LfV am 1. Juli 2026 soll in Erfahrung gebracht werden, wie oft es zu solchen Ausfällen bei baden-württembergischen Sicherheitsbehörden seit 2023 (vgl. SPD-Antrag Landtagsdrucksache 17/4043) gekommen ist und welche Maßnahmen die Landesregierung unternimmt, um erneute sicherheitsrelevante Vorfälle in Zukunft zu minimieren bzw. zu verhindern.